

Inserte kosten die halbe Preiskategorie oder deren Raum 20 Pf., kleine Anzeigen* das fertige Blatt 40 Pf., jedes weitere Blatt 20 Pf. ...

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Telefon: Amt Norden 2693 und 2896

STREIFITZ

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Friedensbedingungen.

Uebersetzung des Friedensvertrages.

Die Uebersetzung der Friedensbedingungen im Triumpfpalasthotel vollzog sich ohne Zwischenfall. Clemenceau erklärte, die Stunde zur Regelung der durch den gewaltsam ausgezwungenen Krieg entstandenen Abrechnung sei gekommen. Sie verlangten den Frieden, wir sind bereit, ihn zu gewähren. Das Buch, das Ihnen überreicht wird, enthält seine Bedingungen. Wir werden Ihnen die nötige Zeit lassen, die die internationale Höflichkeit gebietet, um sie zu prüfen, werden aber dafür sorgen, daß aus diesem zweiten Versailler Frieden kein weiterer Krieg folgt. ...

Nach der Beendigung der Erklärung stellte Clemenceau nochmals die Frage, ob weitere Bemerkungen gemacht würden, und schloß hierauf die Sitzung. Der deutsch-wichtigste Akt dauerte von 3 Uhr 5 Minuten bis 3 Uhr 50 Minuten.

Der Friedensvertrag.

Amsterdam, 7. Mai.

Der von Reuters veröffentlichte Auszug aus den Friedensbedingungen enthält u. a. folgende Angaben: Deutschland tritt an Polen den größeren Teil von Oberschlesien, Posen und die Provinz Westpreußen auf dem linken Weichselufer ab. Die südliche und östliche Grenze gegenüber Polen wird durch Volksabstimmungen bestimmt. ...

Belgien erhält das strittige Gebiet von Moresnet und einen Teil von Preussisch-Moresnet. Deutschland verzichtet auch auf alle Rechte über Eupen und Malmedy, deren Einwohner das Recht haben sollen, binnen sechs Monaten gegen diese Aenderung im ganzen oder teilweise zu protestieren, worauf der Völkerverbund endgültig entscheidet. ...

In einer 50-Kilometerzone östlich des Rheins darf Deutschland keine Besatzungen oder Streitkräfte halten.

Das Saarbecken, auf das sich die bereits bekannte Regelung bezieht, erhebt sich von der Grenze Lothringens nach Norden bis St. Wendel, im Westen das Saargebiet bis Saarlouis, im Osten die Stadt Homburg ein.

Die Volksabstimmungen im Osten sollen stattfinden: 1. im Regierungsbezirk Olsch, ferner in einem Teil Westpreußens, bestehend aus den Kreisen Stuhm und Rosenberg, sowie aus Teilen der Kreise Marienburg und Marienwerder. ...

Von der holländischen Regierung wird die Auslieferung Kaiser Wilhelms verlangt.

Grundsätzlich soll Deutschland zur Vergütung aller Schäden, die durch den Krieg entstanden sind, verpflichtet sein, soll aber jedenfalls die Vergütung aller den Zivilpersonen zugefügten Schäden übernehmen. Die Gesamtsumme der Schadenersatzungen wird spätestens bis Mai 1921 festgesetzt. ...

Bezüglich der Handelschiffe soll Deutschland die Verpflichtung übernehmen, für Tonne und Klasse für Klasse anzuerkennen und den Alliierten alle deutschen Handelschiffe von 1000 Tonnern und darüber, die Hälfte seiner Schiffe zwischen 1000 und 1600 Tonnern und ein Viertel seiner Fischdampfer und anderer Fischereifahrzeuge auszuliefern, sowie für Rechnung der Alliierten während der nächsten fünf Jahre jährlich Tonnendeliverie von 200 000 Tonnern zu leisten.

Zur Sicherung der Durchführung des Friedensvertrages sollen das deutsche Gebiet westlich des Rheins und die Brückenköpfe 15 Jahre lang besetzt bleiben. Bei getreuer Ausführung der Bedingungen sollen bestimmte Gebietsteile, darunter auch der Brückenkopf von Köln, nach fünf Jahren geräumt werden, andere Gebietsteile, darunter der Brückenkopf von Koblenz nach 10 Jahren, wieder andere, darunter der Brückenkopf von Mainz nach 15 Jahren. ...

Die vorstehenden allgemeinen Bedingungen geben nur eine annähernde Vorstellung von dem Charakter der von der Entente aufgestellten Forderungen. Sie legen Deutschland schwere finanzielle und wirtschaftliche Verpflichtungen auf; sie zwingen das deutsche Volk unter das Joch der Wiedergutmachung der Schäden, die die verbrochene Politik der kaiserlichen Regierung angerichtet hat; sie verlangen von Deutschland Sicherungen für die Einhaltung des Friedensvertrages, die seine wirtschaftliche Entwicklung stark zu hemmen drohen; sie verpflichten Deutschland zu Konzessionen an die Polen, die eine vollständige Neugestaltung der Verhältnisse in den Ostprovinzen zur Folge haben müssen. ...

Mit allen diesen Forderungen konnte das gekhazene Deutschland rechnen. Es konnte nicht erwarten, daß die Staatsmänner der Entente über die deutsche Schuld am Weltkrieg wie über die zahllosen Verbrechen der deutschen Kriegsführung aleichgültig hinwegsehen und dem nur äußerlich demokratisierten Deutschland jenes Maß von Vertrauen schenken würden, das unumgänglich wäre, um auf weitgehende Sicherungen gegen Deutschland zu verzichten. ...

Das alles war, wie gesagt, zu erwarten. Vom Standpunkt der imperialistischen Gewaltpolitik, wie sie beispielweise Deutschland in Preß-Ostowit betrieb, müssen die Friedensbedingungen der Entente sogar als recht mäßig bezeichnet werden. Etwas anderes jedoch ist es, wenn wir ihre Stichhaltigkeit unter dem Gesichtspunkte des künftigen Weltfriedens prüfen. Wenn in ihnen auch Ansätze vorhanden sind, um den Grundrissen der Selbstbestimmung der Völker und der Verrückung des Militarismus Gehör zu verschaffen, so stehen sie andererseits doch in einzelnen Teilen in ihrem Geistesgehalt zu den von Wilson aufgestellten 14 Punkten, die die Grundlagel für die Neuorganisation Europas abgeben sollten. ...

Nach der bayerischen Tragödie.

Mit tiefer Besorgnis und zunehmender Erschütterung haben wir das Münchener Trauerspiel bis zu seinem blutigen Ende verfolgt. Von Anfang an mußten wir diesen Ausgang befürchten und unsere Ohnmacht erkennen, an dem elementaren Gang der Ereignisse etwas zu ändern.

Die Anrufung der Münchener Räte-Republik vollzog sich unter einem unwiderstehlichen Drang der Arbeitermassen, die seit der Ermordung Eisners die revolutionären Errungenschaften verjährt haben und durch das Verdrückt von dem bevorstehenden Zusammentritt des Landtags in größte Aufregung veretzt waren. ...

Wenn aber auch die Münchener Beschlüsse aus der großen Erregung der Münchener Arbeiterkraft, die alle Parteiuunterschiede verdrängen ließ, begeistert sind, so darf doch nicht verschwiegen werden, daß objektiv das Vorgehen als verfehlt und in seinen Folgen als schädlich für die revolutionäre Sache bezeichnet werden muß.

Vorerst muß betont werden, daß jedes isolierte und vereinzelte Vorgehen eines Teils des Proletariats ausfichtslos ist und zur Niederlage führen muß. Wenn das deutsche Proletariat die Revolution retten will, muß es lernen, einheitlich und geschlossen zu handeln. ...

Sodann geben die Münchener Ereignisse auch alle Veranlassung darüber nachzudenken, welcher Weg zur Eroberung der politischen Macht führt. In Bayern war unter dem Druck der Massenregnung, die das Attentat auf Eisner ausgelöst hatte, eine sozialistische Regierung unter Beteiligung einer radikalen Bauernvertretung gebildet worden. ...

Die Erregung der Münchener Arbeiterkraft aber blieb bestehen; das Mistrauen wuchs, daß der Landtag mit seiner bürgerlichen Majorität der sozialistischen Fortführung der Revolution Hindernisse bereiten würde, und so fand die Forderung, alle Macht den Arbeiterräten, immer allgemeineres Gehör.

Man überieht dabei nur allzu leicht, daß auch das Rätereich nur eine Form der Vertretung bedeutet, die an den realen Machtverhältnissen, die das Entscheidende sind, nichts ändert. Unter den sozialen Verhältnissen Bayerns würden immer Arbeiter- und Bauernräte zur Bildung einer Regierung zusammenwirken müssen, die im wesentlichen nicht viel anders zusammengesetzt sein könnte, als es die Regierung Hoffmann war. ...

Die gewaltsame Verrückung dieser Regierung aber mußte die Hände hervorrufen auch ohne die üblichen Hilfsmittel. Die Bildung der ersten Rätereierung begleitete. Die Arbeiterkraft, die zum Teil für die demokratischen Formen eintritt, wurde gezwungen, die Bauernschaft witterte gleichfalls ab, und für das gesamte Vorgehen war die Gelegenheit gegeben, endlich das langerdunte unheimliche Einmalein herbeizuführen und mit Hilfe der

Reichsregierung der bayerischen Revolution ein schwere Niederlage zu bereiten. Und man darf sich keinen Illusionen hingeben: es ist für die ganze revolutionäre Sache ein schwerer Verlust, daß das revolutionäre Zentrum in München zerstört ist.

Die teuer erkaufte Lehre ist um so eindringlicher, als sie nur die letzte einer Reihe ist: Bremen und Braunschweig sprechen dieselbe Sprache. Sie beweisen die Notwendigkeit, alle isolierten Aktionen und alle Gewalttätigkeiten zu vermeiden und alles daran zu setzen, die gesamte Arbeiterklasse für ein einheitliches, grundrätliches, sozialistisches Programm zu gewinnen.

Voraussetzung dafür ist aber, daß wir uns nicht auf eine Formel festlegen, sondern daß wir das Ziel fest ins Auge fassen, dem Proletariat die politische Macht, die es am 9. November errungen hatte und die es sich dann entgelten ließ, wieder zu erobern. Das heißt aber nicht, die Formel, alle Macht den Arbeiterräten, unter allen Umständen verwirklichen zu wollen, sondern es heißt, alles daran zu setzen, um die Staatsmacht in der Hand einer rein sozialistischen Regierung zu vereinigen, an der alle sozialistischen Parteien sich beteiligen und die durch energische, zielbewusste sozialistische Arbeit das gesamte Proletariat im Kampf für diese Arbeit gegen die Widerstände der Bourgeoisie einigen wird.

Die revolutionäre Situation ist durchaus ernst: seit dem 9. November hat die Arbeiterklasse eine Machtposition nach der andern eingeblüht, die Bourgeoisie ist heute neu gestärkt und der wieder aufgerichtete Militarismus bietet ihr einen starken Rückhalt.

Aber die Situation ist durchaus nicht verzweifelt. Die Untätigkeit der Regierung auf allen entscheidenden Gebieten, die beständige Gewaltanwendung schafft immer neue Empörung und Erbitterung in den Arbeitermassen.

In München ist daselbe geschehen, wie überall, wo bisher die Regierungstruppen angegriffen haben. Die Truppen wurden in Pogromstimmung versetzt. Nach der Ermordung der Geiseln begannen die „Handrechtlichen“ Erziehung der Arbeiter, die bayerische Regierung lehnte unter dem Druck der herbeigerufenen Offiziere und wohl auch der Reichsregierung die angebotene Vermittlung ab, obwohl es frevelhaft war, nicht alles und jedes zu versuchen, um das schreckliche Blutvergießen zu vermeiden. Die an sich unentbehrliche Geiselerlöschung wurde der Vorwand zu den genannten Repressalien. Es ist kein Zufall, daß das Rechtsempfinden bereits so abgestumpft ist, daß der Protest gegen diese grausamen Methoden heute, wo es sich um das eigene Volk handelt, so vereinstimmt bleibt wie während des Straus, daß dieselben Leute über die Ermordung der Geiseln sich entrüsten dürfen, die bei der Ermordung der Kaiserin in Berlin sehr kalt geblieben waren, und die die schändlichen Verhandlungen und massenhaften Erhängungen gefangener „Sportakisten“ aus München als Selbstverständlichkeiten berichten.

Es ist eine trauerhafte Saat, die da gesät wird, und durch das mahlohe Wüten der Abswehr wird jene Stimmung geschichtet, aus der unter Umständen blutiger Terror emporwachsen kann.

Man täusche sich nicht: die Methode Ludendorff hat uns in der ganzen Welt verhaßt gemacht und die härtesten Friedensbedingungen gelten dem Gefühl der ganzen Welt ohne Unterschied als anerkannte Strafe für ein Volk, das gegen diese Methoden nie Protest eingelegt hat. Die Methode Noske steigert diesen Haß und bestätigt das Urteil; aber sie fügt zum Haß noch die Verachtung an für ein Volk, das endlich — nicht aus eigener Kraft, sondern durch den Schlag von außen — befreit, nicht anders sich zu regen weiß als durch die Methode Noske, und dieser Methode dann zubehört, wie früher der Ludendorffs.

Aber trotz alledem: diese Methode muß ebenso versagen, wie die andere, und kann nur mit dem Zusammenbruch enden. Aber damit aus diesem Zusammenbruch die Saat des Sozialismus aerettet werde, ist es notwendig, daß das ganze deutsche Proletariat sich endlich darauf besinnt, daß sein Auswuchs es mit dem Verderben bedroht. Es hat keinen Sinn, über Normeln zu streiten, wenn der Weg zur Rettung klar vor Augen steht. Die rechtssozialistischen Arbeiter müssen endlich eine Führung beiseite lassen, die heute nur das willenlose Werkzeug der Konterrevolution geworden ist, und die radikale Arbeiterklasse darf ihre Kräfte nicht versetzen und verenden für zerstückelte Aktionen, die von Anfang an zum Scheitern verurteilt sind.

Der Sozialismus muß aerettet werden durch die Einheit des Proletariats: diese kann nur geschaffen werden durch eine grundrätliche eneratische sozialistische Politik, die nur eine sozialistische Regierung durchföhren kann. Sie zu schaffen, muß das Proletariat alle Kraft einsetzen, will es die Staatsmacht wieder erobern, ohne die es kein Werk nicht vollbringen kann.

Eine sozialistische Regierung, vom Vertrauen des ganzen deutschen Proletariats getragen, stützt auf eine ausgebaute Rätereorganisation, die heute schon alle Arbeiter wollen, wäre so stark, daß sie die Widerstände, die ihr aus den parlamentarischen Formen erwachsen, nicht zu fürchten bräuchte. Nur dem geschwunden, durch seine Führung zerstückelten Proletariat wird zur unerreichten Netze, was für die geeinte Masse ein Fährtnsfaden wäre.

Kommunistische Einkehr?

Die kommunistische Partei hat bisher, sowohl in der Presse wie in der mündlichen Äußerung einen großen, zu Zeiten sogar den größten Teil ihrer Kraft in der Bekämpfung der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei verbracht. Und sie hat diesem Kampfe oftmals eine geschickte, gebührende Form gegeben. Dem Zentralorgan der kommunistischen Partei, der „Notenbahn“, scheint es jetzt doch ein wenig aufzukammern, daß die eigene Taktik einer gründlichen Revision bedarf. Anlässlich des Sturzes der Räterepublik in Bayern gelangt sie zu folgender Einsicht:

„Das Proletariat von Deutschland muß jetzt lernen, im Gleichschritt zu marschieren. Wer voran ist, muß länger treten, wer nach ist, muß lange Weine machen, aber die nächste Stunde der Aktion muß gewaltige Begeisterung und mächtige Verbündeten einheitslich geschlossen und eines Willens finden.“

Gerade an dem, was das Organ der Kommunisten hier verkündet, hat es die kommunistische Partei bisher überall und immer fehlen lassen, wie sie überhaupt mit ihrer Taktik stets im schärfsten Widerspruch mit dem kommunistischen Programm stand. Was die „Notenbahn“ hier verkündet, ist im Grunde genommen das, was jede Partei von jeder vertreten hat und von der kommunistischen

Partei und Presse als Verrat und Feigheit bezeichnet wurde. Wenn die Kommunisten in Zukunft etwas „länger treten“ und „Gleichschritt“ mit uns halten wollen, so wäre das sicher zu begrüßen. Mag die „Notenbahn“ sich trotz der im oben wiedergegebenen Zitat ausdramatisierenden Einsicht in demselben Artikel in Ausfällen gegen die L. S. P. D. gefallen, und mag das als ein Zeichen kommunistischer Taktik weiterer Geltung behalten, das Proletariat wird dessenungeachtet den Weg zur Einheitlichkeit, Geschlossenheit auf dem Boden einmütigen, revolutionären Willens finden, allen Widerständen von „links“ sowohl wie von rechts zum Trotz.

Eine unmenschliche Bluttat.

Die Raserei der Regierungstruppen in München dauert an. Raun haben die Nachrichten bestätigt, daß Vandauer, Sontheim und Zoller u. a. durch Mörderhand ihr Leben eingebüßt haben, kommt eine neue Schreckensmeldung, gränzamer als alles, was bisher über München, ja, was sogar aus den Kämpfen in Berlin bekannt ist. Durch das amtliche Wolffsche Telegraphenbureau wird die folgende Meldung verbreitet:

München, 7. Mai.

Die Erbitterung über den Geiselmord sowie über den heimtückischen Widerstand der Sportakisten haben zu einem verabschuldungswürdigen Verbrechen geführt. Am Abend des 6. Mai fand entgegen den bestehenden Anordnungen über Versammlungsverbot eine Versammlung von circa 30 Personen im Norden der Stadt statt. Die Versammlung wurde durch Streiktrupp ausgebrochen, die Bewaffneten inhaftiert und in das Gefängnis am Karolinenplatz geführt. In diesem drang gegen neun Uhr abends eine Gruppe bewaffneter bayerischer Soldaten ein. Es kam zu einer Schießerei, 7) bei der diese bayerischen Soldaten, im Glauben, Sportakisten vor sich zu haben, 21 Personen töteten. Die Schuldigen sind verhaftet. Die kriegsgerichtliche Untersuchung ist im Gange und liegt in der Hand der 2. Gardebrigade. Die Generale v. Eben und Mühl bedauern aufs lebhafteste diesen Ausbruch euseffekten Leidenschaft. Sie haben schärfen Befehl erteilt, daß jeder Soldat, der eine unrechtmäßige Erhängung vornimmt, als Verräter behandelt und erschossen wird. Andererseits ist das Verbrechen ein erneuter Beweis dafür, daß für schwierige und verantwortungsvolle Aufgaben, wie sie hier zu lösen sind, nur eine durch eiserne Disziplin gefestigte und fest in der Hand ihrer Offiziere befindliche Truppe gebraucht werden kann.

Der Bericht kann seinen militärischen Ursprung nicht vertuschen, ebensowenig den Eindruck, daß es die grauenvolle Tat zu beschönigen versucht. Aber selbst diese Darstellung, von der stark zu bezweifeln ist, ob sie dem wirklichen Sachverhalt vollkommen entspricht, läßt erkennen, daß hier ein Verbrechen begangen worden ist, dessen Grausamkeit vielfach größer ist als die Ermordung der Geiseln. Man beachte, daß den ermordeten Personen nichts weiter zur Last gelegt werden kann, als daß sie an einer Versammlung — der Bericht nennt es Versammlung — teilgenommen haben. Aber nicht bei dieser „Tat“, sondern als wehrlose Gefangene im Gefängnis sind sie von einer Gruppe „bewaffneter bayerischer Soldaten“ ermordet worden. Der Bericht sagt, „es kam zu einer Schießerei“. Aber jedermann weiß, daß Gefangene in Gefängnissen wehrlos sind und nie Waffen sich in ihrem Besitz befinden können. Die Schießerei kann also nichts anderes gewesen sein, als Glatte einundzwanzigfacher Nord. Entschuldigen führt der Bericht ferner an, daß Soldaten — es dürften wohl nach bekanntem Beispiel Studenten oder Offiziere gewesen sein — hätten sich in dem Glauben befunden, Sportakisten vor sich zu haben. „Sportakisten“ also dürfen unter der jetzigen Herrschaft in München ermordet werden, auch wenn ihnen strafbare Handlungen nicht zur Last gelegt werden können!

Daß diese Schreckensstat nicht das einzige verabschuldungswürdige Verbrechen der aufgebotenen Söldnerscharen in München ist, geht aus der Tatsache hervor, daß selbst die rechtssozialistische „Münchener Post“ sich genötigt sieht, in der allerhöchsten Weise gegen ihr Treiben Stellung zu nehmen. Sie wird deshalb auch schon von der Berliner Presse heftig angegriffen. Die „Wolffsche Zeitung“ veröffentlichte gestern abend ein Telegramm aus München, in dem es heißt, daß die „Münchener Post“, die im Laufe des Krieges sehr oft groben politischen Einsicht gegeben habe, seit vorgestern in ihren Leitartikeln gegen die militärischen Nachföhnerungen der Regierung hehe, und zwar in einer Form, die vergiften d wirken müsse. So wird auch an diesem Beispiel deutlich, daß jedes Blatt, das gegen die wildgewordenen Söldnerscharen und ihre Ausbreitungen Protest einlegt, der Verhöhnung und der Lüge bezichtigt wird. Im übrigen haben die Meldungen von neuen Rutschabsichten nur den offensichtlichsten Zweck, das Verbleiben der Ruchsejager in München zu rechtfertigen.

Ueber die Ermordung Vandauers fehlen noch Einzelheiten. Die von Zoller begleitete Regierung Hoffmann mit folgenden, die augenblicklichen Zustände in München treffend kennzeichnenden Worten:

Die Münchener Bürgerschaft hatte bei der Bamberger Regierung eine Aktion eingeleitet, um Zollers Wegnädigung zu erwirken. Wie übereinstimmend mitgeteilt wird, hatte Zoller in den letzten zehn Tagen, als die Lage der Münchener Rätereregierung kritisch zu werden begann, alles aufgegeben, um die Kommunisten von terroristischen Akten zurückzuhalten und eine Reihe der von seinen Mitregierenden erteilten Anordnungen zur Verhaftung von Weiseln, Plünderungen, Vermögenskonfiskationen usw. durch Gegenbefehle verbündert.

Trotzdem wurde er ermordet! Jedes Wort der Kritik würde eine Abkühlung der Wirkung bedeuten, den diese ungeheuerliche Nachricht auf jeden anständigen Menschen ausüben muß.

Lebedours Haftentlassungsantrag erneut abgelehnt!

Der letzte Antrag, den Genossen Lebedour aus der Haft zu entlassen, wurde abgelehnt mit der Begründung, daß Nachforschungen vorliegen. Seine Verteidiger haben darauf den Antrag wiederholt und Kontinuität zur Verteidigung des Haftvertrages angeboten, deren Höhe dem Ermessen des Gerichts anbelangt wurde. Das Kammergericht hat den Antrag zurückgewiesen. In dem zurückweisenden Beschlusse heißt es: „Ein begründeter Antrag zur Abänderung des früheren Beschlusses des Senats ist nicht gegeben. Insbesondere könnte auch eine Sicherheitsleistung den nach dem Gesetz und der Schwere des Falles begründeten Haftvertrage nicht besitzigen.“

Genosse Lebedour wird also als Gefangener seine Verteidigung in der am 19. d. M. beginnenden Verhandlung führen müssen. Es muß aber dringend gefordert werden, daß sein Ueberföhren aus dem Gefängnis in den Verhandlungssaal zurück in das Gefängnis durch Gerichtsbefehl erfolgt und nicht durch Freiwillige des Herrn Noske. Wir wollen es nicht erleben, daß sich bei dem Transport Lebedours der Fall Luxemburg, Bogisches usw. wiederholen soll.

Der Rahmen des Friedensvertrages.

Paris, 7. Mai. (Reuters.)

Der Friedensvertrag, der jetzt den Deutschen überreicht wurde, ist für sich allein nicht das endgültige Dokument, sondern dem Wiederankommen der Welt nach dem Krieges befolgt.

Der dritte, der aus 12 Klauseln besteht, verpflichtet die Alliierten unter denen allein die Alliierten und assoziierten Mächte mit Deutschland Frieden schließen werden, und unter denen allein sie die Einrichtungen ins Leben rufen wollen, die die Alliierten in gemeinsamer Arbeit zur Verhütung zukünftiger Kriege und zur Verbesserung der Menschheit entworfen haben. Aus diesem letzteren Grunde enthält der Vertrag den Völkerverbundsvertrag und das internationale Arbeitsabkommen. Er befaßt sich aber nicht, anher gelegentlich, mit den komplizierten Problemen, die sich aus der Liquidierung des österreichischen Reiches ergeben, und auch nicht mit den Regelungen, die in den Gebieten der zwei feindlichen Mächte, Türkei und Bulgarien getroffen werden sollen, außer insofern, als er Deutschland verpflichtet, jede Regelung, für die sich die Alliierten beitreffen dieser Kriegsföhrenden in Zukunft entscheiden, anzunehmen.

Der Vertrag zerfällt in 15 Abschnitte:

Der erste enthält den Vertrag über den Völkerverbund, dem durch den Friedensvertrag an verschiedenen Stellen Funktionen angewiesen werden.

Der zweite beschreibt die geographischen Grenzen Deutschlands und beginnt am nordöstlichen Punkte der gegenwärtigen belgischen Grenze.

Der dritte, der aus 12 Klauseln besteht, verpflichtet die Deutschen, die durch den Frieden in Europa herbeigeföhrt politischen Veränderungen anzunehmen. Er errichtet zwei Staaten, die Tschechoslowakei und Polen, und trifft Vorkehrungen für deren Anerkennung. Er verleiht die Gebiete der belgischen Souveränität und ändert die Grenzen Belgiens. Er errichtet neue Regierungssysteme in Luxemburg und im Saarbecken und gibt Fisch-Lohföhren an Frankreich zurück. Er trifft Vorkehrungen für mögliche Hinzufügungen von Gebiet an Dänemark und verpflichtet Deutschland, die Unabhängigkeit des deutschösterreichischen Reiches anzuerkennen und die Bedingungen anzunehmen, die bezüglich der Staaten oder Regierungen schließend werden sollen, die sich seit der russischen Revolution selbst gebildet haben.

Der vierte Abschnitt handelt von der politischen Rekonstruktion der Gebiete außerhalb Europas, die vom Krieg in Mitleidenschaft gezogen wurden. Er enthält einen allgemeinen Vergleich Deutschlands auf seine ausländischen Besitzungen und Rechte. Durch ihn liefert Deutschland seine Kolonien und seine unter verschiedenen internationalen Konventionen, besonders der Berliner Akte von 1885 und der Tropischen Akte von 1895, die die europäischen Unternehmungen im tropischen Afrika regeln, in Afrika erworbenen Rechte an die Alliierten zurück. Dieser Abschnitt gibt dem britischen Proletariat in Kenia internationale Anerkennung und annulliert die Algerien-Akte, die ein Schritt in der deutschen Angriffspolitik war, die zum Krieg führte.

Der fünfte Abschnitt enthält die militärischen, maritimen und auf die Luft bezüglichen Friedensbedingungen, beschränkt den Umfang der deutschen Armee und Flotte und schafft die Dienstpflicht in Deutschland ab als erster Schritt zur allgemeinen Abrüstung.

Der sechste Abschnitt legt allen Signatarmächten die Verpflichtung auf, alle Gräber der Gefallenen zu unterhalten und regelt die Rückkehr der Kriegsgefangenen.

Der siebente Abschnitt handelt von den Verontwärtlichungen und der Bestrafung und stellt ein gerichtliches Verfahren gegen den früheren Kaiser Wilhelm vor.

Der achte Abschnitt handelt von der Schadenersatz und Wiedergutmachung, die durch Deutschland geleistet werden muß, und enthält besondere Verfügungen bezüglich der von den Deutschen in früheren Kriegen weggenommenen Dokumente und Kriegstrophäen.

Der neunte Abschnitt enthält finanzielle Klauseln, die hauptsächlich zum Zweck haben, die Verfügungen des sechsten Abschnittes in Biesamkeit zu setzen.

Der zehnte Abschnitt, der sehr lang und kompliziert ist, enthält die wirtschaftlichen Bestimmungen und stellt die verschiedenen nicht politischen internationalen Verträge und Konventionen, die in solchen Fragen wie Post und Telegraphie und sonstige Regelungen vor dem Krieg für die zivilisierte Welt verbindend gewesen sind, wieder in Kraft. Diesem Abschnitt ist eine besondere Verfügung zur Regelung des Handels in Opium und ähnlichen Drogen beigelegt.

Der elfte Abschnitt befaßt sich mit der Luftschiffahrt. Der zwölfte Abschnitt enthält Klauseln, die von der internationalen Kontrolle der Häfen, Kanäle, Flüsse und Eisenbahnen handeln, mit besonderen Verfügungen für den Kaiser Kanal.

Der dreizehnte Abschnitt enthält das Arbeitsabkommen.

Der vierzehnte Abschnitt enthält die Garantien für die Durchführung des Vertrages.

Der fünfzehnte Abschnitt besteht aus einer Reihe von Klauseln, die die Anerkennung anderer, in der Folge abzuschließender Verträge und die Bestätigung der präferenziellen Entschädigungen einschließen. Die Endklauseln besetzen sich mit der Ratifikation des Vertrages, dessen englische und französische Texte anerkannt sind.

Milderung im Handelsverkehr mit Deutschland.

Brüssel, 7. Mai.

Matin meldet: Der Oberste Wirtschaftsrat beschloß in der jetzigen Sitzung auf Anraten der Finanzabteilung, folgende Milderung in den finanziellen Einschränkungen betreffs des Handels mit Deutschland bis zum Augenblicke der Unterzeichnung des Friedensvertrages vorzunehmen:

Die finanzielle schwarze Liste wird, falls es noch nicht geschehen ist, aufgehoben. Man wird den Neutralen mitteilen, daß es ihnen freisteht, Kredite aller Art Deutschland oder seinen Staatsangehörigen einzuräumen. Deutsche Darlehensbedingungen und Beteiligungen

gen, welche in neutralen Ländern sich befinden, sind für die Bezahlung der Einfuhr verpfändbar. Das Ergebnis der laufenden Ausfuhr aus Deutschland kann für die Bezahlung aller zugelassenen Einfuhr verwendet werden. Die Finanzabteilung ist ermächtigt, Lizenzen für die Ausfuhr von Gold und Werten aus Deutschland als Bezahlung für die Einfuhr auf Ansuchen der deutschen Behörden zu gewähren.

Die vorstehenden Beschlüsse werden den Finanzausschüssen in Westfalen und dem neutralen Finanzamt mitgeteilt, und man wird um ihren Rat über andere Maßnahmen, welche sie in Finanzsachen wünschen, nachsehen.
Der Rat beschloß ferner, daß die Kontrolle der Dozierung einer einzigen Obrigkeit unterstellt werden soll. Unter Ausschuß wurde ernannt, um die Einzelheiten betreffend die Wiederaufnahme der Donauschiffahrt für den Handelsverkehr für die Verproviantierung zu regeln.

Die gestrige Geheimnisung.

Verfaßt, 7. Mai.

Ueber die gestrige geheime Sitzung der Alliierten Mächte, in der der Vertrag bekanntgegeben wurde, darf die Presse keine Einzelheiten veröffentlichen. Die gesamte Presse weist grobe Zensurklagen auf, in denen sie Einzelheiten des Vertrages veröffentlichen wollte. Es darf nur berichtet werden, daß sämtliche anwesenden Mächte nach einem ausführlichen Bericht Tardieu über den Vertragsinhalt den Vertragsentwurf einstimmig und unbedinglich angenommen haben. „Echo“ teilt mit, daß heute abend gleichzeitig mit den Friedensbedingungen die offizielle Abmachung zwischen Frankreich, England und den Vereinigten Staaten, welche die Ergänzungspartikeln für die Sicherheit Frankreichs und die Rekapitulierung des Vertrages enthält, bekanntgegeben wird. Clemenceau, Lloyd George und Wilson werden im Laufe einer neuen Konferenz heute vormittag der Abfassung dieses Zusatzes, welcher keinesfalls ein Geheimvertrag sein soll, definitive Form geben.

Vor dem Quai d'Orsay hielt sich die ganze Zeit über eine gewaltige Menschenmenge auf. Ein Automobil brachte die heute zur Verteilung gelangenden Exemplare des Abzuges aus dem Vertrage.

Verföhnliche Strömungen.

Rotterdam, 7. Mai.

Die „Westminster Gazette“ meldet dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge aus Paris: Obwohl alle mit berechtigtem Horn gegen Deutschland erfüllt sind, besteht hier doch eine kräftige Strömung, die die einzige Hoffnung für die Zukunft der Welt in einem Frieden erblickt, der so ist, daß die ruhenden Elemente in Deutschland ein Interesse an seiner Erhaltung haben. Der Korrespondent der „Westminster Gazette“ erklärt, er sei in der Lage, mitzuteilen, daß die Bewegung zum Nutzen einer baldigen Wiedervereinigung Deutschlands in den Völkern und in amtlichen Kreisen viel stärker sei als bisher bekannt wurde. Die Alternative sei die, daß wir selbst, wenn der Friede unterzeichnet wird, in einem mehr oder weniger offenen Kriegszustand mit Deutschland bleiben, da der Völkerverbund sich gegen Deutschland richtet, und daß jede der beiden Parteien der Welt wie in wasserdicht abgeschlossenen Kähnen für ihre eigene Wiederherstellung arbeitet.

Die deutschen Schiffe in Amerika.

New York, 7. Mai. (Neuter.)

Der Oberste Friedensrat hat den Vereinigten Staaten alle deutschen Schiffe, die seit Beginn des Krieges in Amerika interniert wurden, zugesprochen.

Fleisch und Heringe für Dänemark.

Amsterdam, 7. Mai.

Nach dem „Nieuwe Handelsblad“ ist jetzt die Bezahlung der 4000 Tonnen Gefrierfleisch, deren Ausfuhr nach Deutschland die Affizierten gestattet haben, geregelt. Mit der Ausfuhr wird dieser Tage begonnen werden. Die Bezahlung geschieht in Waden.

Der niederländische Heeresrat teilt mit, daß in Zukunft nach die Ausfuhr von Nordseeheringen nach den nicht besetzten Teilen von Deutschland und Oesterreich gestattet wird.

Der Terror der „Demokratie“.

Die sogenannte Demokratie, die die Regierung der sozialistischen Republik zu wahren vorzieht, wird am besten charakterisiert durch die Mittel, mit denen sie gewahrt wird. Im Namen der Demokratie zieht ein Soldatenheer mordend und plündernd durch das deutsche Reich, wie im dreißigjährigen Kriege. Im Namen der Demokratie bleiben die ungeheuerlichen Verbrechen ungepönt. Im Namen der Demokratie wird das freie Wort brutaler unterdrückt als unter einer Regierung, die sich offen als Feind der Demokratie bekannte.

Wie die „Preßfreiheit“ in Wahrheit aussieht, geht daraus hervor, daß die Regierung gestern in der preussischen Landesversammlung erklärte: „Das Verbot der „Reiten Bahn“ und der „Republik“ bleibt ansrecht erhalten.“

Die ganze Klugheit dieser Regierung von beschränkter Kleinmütigkeit offenbart sich in dem früher so verpönten Glauben, man könne eine geistige Bewegung mit Polizeiknütteln töten. Die armelige muß jedem denkenden Menschen, unbeschadet seiner Parteistellung, diese Regierung erscheinen, die sich nicht erwidert, mit den sadenfeindlichen Gründen Leitungen zu verbieten, nur weil sie nicht nach ihrer Pfeife tanzen.

Aber schließlich ist die Maßregel doch nur konsequent: Eine Regierung, die sich auf nichts anderes stützt als auf bewaffneten Terror, muß ja — solange sie die Macht noch hat — jedes freie Wort unterdrücken.

Auch die „Tribüne“ ist erneut verboten worden. Darüber wird unten mitgeteilt:

Dem Herausgeber der „Tribüne“ ist drei Wochen nach der ersten Beschlagnahme der Zeitung, der vor acht Tagen eine zweite folgte, am 3. d. M. von der Presseabteilung des Reichsgruppenkommandos I der Bescheid geworden, daß das Erscheinen und der Vertrieb der „Tribüne“ durch den Befehl des Reichsgruppenkommandos Nr. 306 verboten sei. Welches Datum dieser Befehl aufweist, wird nicht angegeben. Grund des Verbots soll der hebräische Inhalt des Blattes sein. Der Herausgeber hat gegen die Behauptung, daß die Kritik, die er an Personen und Zuständen übt, hebräischen Charakter trage, Einspruch erhoben und die Aufhebung des Verbots beantragt.

Die Noslegarde als Landplage.

Neue Provokationen der Gegenrevolution.

Wie wir bereits in unserer gestrigen Morgenansgabe meldeten, sind am Dienstag vormittag in Halberstadt Regierungstruppen einmarschiert. Sie hatten angeblich die Aufgabe, die dortige Volkswehr aufzulösen, die bisher zur vollsten Zufriedenheit der ganzen Bevölkerung den Sicherheitsdienst versah. Obwohl die Regierungstruppen von keiner Seite provoziert wurden, begannen sie planlos Verhaftungen vorzunehmen. Zu gleicher Zeit schloßen sie in verschiedenen Stadtteilen mit einer grundlosen Schießerei ein. Die Gefangenen wurden wie Verbrecher durch die Straßen geführt und in der blühendsten Weise mißhandelt. Die Empörung der Arbeiter ist durch diese unerhörte Provokation derart gesteigert worden, daß die größeren Betriebe sofort in den Ausstand traten. Auch die Eisenbahnarbeiter haben sich dem Streik angeschlossen. Die Provokationen richteten sich nicht etwa nur gegen Unabhängige und Spontaneisten, sondern gegen die Arbeiter und ihre Führer überhaupt. Das rechtssozialistische „Halberstädter Tagblatt“, ein gewiß unverdächtigem Zeuge, schreibt über den Vorgang:

„Das sonst so ruhige Halberstadt ist durch den Einzug der Regierungstruppen im Inneren aufgewühlt worden. Es haben sich Szenen abgespielt, die so widerwärtig sind, daß sie den Beteiligten unvergesslich bleiben werden. ... Wir glauben am 9. November den Militarismus niedergerungen zu haben, aber der alte militärische Geist, der in jedem Bürger seinen Feind sah, scheint von neuem zu erwachen. Der Sieg über den Militarismus dokumentierte sich äußerlich darin, daß die Soldaten ihre Waffen ablegten. Jetzt gehen die Soldaten wieder mit Waffen durch die Straßen und provozieren die Massen.“

Wir Reichssozialisten können auf keinen Fall das Vorgehen der Truppen billigen. Angriffe sind erfolgt. Grundlose Verhaftungen vorgenommen. Verhaftete sind mißhandelt. Gelegentlich, provozierendes Verhalten der Truppen muß die schnell erregten Gemüter noch weiter aufpeitschen.“

Der Ueberfall auf die Stadt wurde durch eine Abteilung des 1. Landes-Jäger-Bataillons ausgeführt. Eine Deputation der Reichssozialisten ist nach Berlin gegangen, um mit der Regierung wegen des unerhörten Vorgangs zu verhandeln. Die Arbeiterpartei ist durch die Provokation mit einem Schlags zur Einigkeit gelangt. Von den Reichssozialisten, den Unabhängigen und dem Gewerkschaftsverband ist ein Aufruf verbreitet worden, in dem es heißt:

„Die Empörung aller Volksteile über das Verhalten der Regierungstruppen ist tiefgehend. Bisher ist Halberstadt ruhig gewesen. Friedlich gingen die Arbeiter und Bürger ihrer Arbeit nach. Der Einzug der Regierungstruppen hat unsere Ruhe gestört. Wer nicht ausgebrochen wäre durch das Verhalten der Truppen, hätte kein Blut in den Adern, das Herz frampf sich zusammen beim Anblick des unwürdigen Vorgehens der Soldaten.“

Aber wir müssen die Ruhe und die Kaltblütigkeit bewahren. Ein Vorgehen gegen die Truppen würde nur Wasser auf ihre Mühlen liefern. Wir können mit Gewalt nichts ausdrücken, wir erinnern an das Vorgehen der Truppen in Düsseldorf, Braunschweig, München, Berlin. Wenn wir uns gegen sie erheben, wird der Belagerungszustand erklärt und die Truppen, die jetzt nur auf der Durchreise für vier Tage hier sind, werden Halberstadts Straßen länger durchziehen.“

Trotz dieses besonnenen Aufrufs, dem die Arbeiterpartei bereitwillig Folge leistete, hat die Noslegarde des Herrn Noske ihre Provokationen fortgesetzt. Die Militärs sind allmächtig. Immer deutlicher zeigt sich ihr Vermögen, die Errungenschaften der Revolution restlos auszuklügen und eine Militärdiktatur zu errichten.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Halberstadt, 7. Mai.

In der im Odeon am 6. Mai stattgefundenen Protestversammlung gegen die Einrückung der Regierungstruppen in Halberstadt wurde folgender Protest angenommen: Wenn die von Oberst Noske verlangte Zurückziehung der Truppen bis zum 7. abends 6 Uhr, nicht angeordnet ist, wird der Generalkonferenz gerufen. Der Zusammenschluß der Sozialisten steht bevor. Über die Köpfe der Führer hinweg.

Es kam am letzten Abend zu weiteren Ausschreitungen, die bis spät in die Nacht hinein dauerten. Unzählige Verhaftungen wurden vorgenommen und die Verhafteten unmenschenlich mißhandelt. Auf der Feuerwache wurden zwei Gefangen entlassen und mit Gummiknüppeln, die mit Blei gefüllt waren, bearbeitet. Trotz der Vereinbarung mit den Parteien, daß die Truppen von den Straßen verschwinden sollen, wenn die Arbeiter Ordnungsposten stellen, durchstreifen bis an die Zähne bewaffnete Soldatengarden die Stadt und verbreiten Unruhe und Schrecken. Sogar die von der Arbeiterpartei gestellten Ordnungsposten wurden in verschiedenen Fällen verhaftet und mißhandelt. Halberstadt gleicht einem Pulverfaß.

Rumänische Waffenstillstandsbedingungen.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Budapest, 7. Mai.

Die ungarische Militärregierung sandte, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, Parlamentäre zu den Rumänen, und ersuchte um Aufklärung, unter welchen Bedingungen man auf rumänischer Seite zum Abschluß eines Waffenstillstandes und Einstellung der Feindseligkeiten geneigt wäre. Der rumänische General Mardewescu, Kommandant der siebenbürgischen Truppen, übergab dem ungarischen Parlamentäre, Oberstleutnant Werth, den Entwurf eines Übereinkommens, das folgende Forderungen enthält:

Sofortige Entwaffnung und Abrüstung aller Streitkräfte, die gegen Rumänien gekämpft haben, Übergabe des aus der Abrüstung sich ergebenden Materials (Waffen, Maschinengewehre, Geschütze, Munition, Automobile, Pferde, Ausrüstung, Lebensmittel usw.), Auslieferung des gesamten Eisenbahnmaterials, welches im Friedensvertragsverhandlung zwischen Ungarn und Rumänien vereinbart wurde, Auslieferung des gesamten in Rumänien erbeuteten Eisenbahnmaterials, zusammen 1800 Lokomotiven, 4100 Personenzüge, 67 000 Güterwagen, endlich auch Schiffsmaterial, Panzerzüge und Kraftwagen, sofortige Heimführung sämtlicher Kriegsgefangenen und bürgerlichen Geiseln und die von den zurückgehenden ungarischen Truppen weggeführte Beute. Die Durchführung des Übereinkommens wird eine zu-

männliche Mission in Budapest mit voller Exterritorialität über wachen.

Angesichts dieser Bedingungen ist die ungarische Regierung zum Kampf bis zum Äußersten entschlossen. Man ist besonders empört darüber, daß die Rumänen einen ungarischen Parlamentär mit seinem Kraftwagen zurückgehalten haben.

Groß-Berlin.

Städtetag und Kommunalisierung.

Die Vorstände des Deutschen und des Preussischen Städtebundes haben in gemeinsamer Sitzung zum Brauch eines Reichsratsgesetzes über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben folgende Entscheidung angenommen:

„Die deutschen Stadtverwaltungen, die schon bisher weitgehende Erfolge auf dem Gebiete der Gemeinwirtschaft aufzuweisen haben, sind deshalb zu weiteren Maßnahmen auf dem Gebiete der Gemeinwirtschaft vorzugsweise geneigt und berufen. Die Vorstände des Deutschen und des Preussischen Städtebundes halten es aus diesem Grunde für notwendig, daß den Gemeinden mit größter Beschleunigung ein für ein weiteres Fortschreiten in dieser Richtung brauchbares Gesetz in die Hand gegeben wird. Zu einem solchen Gesetz gehört besonders eine Aufhebung aller Wirtschaftszweige, die die Stadtverwaltungen kraft eigenen Beschlusses in Gemeinwirtschaft nehmen können; eine Anerkennung der Befugnis, mit Genehmigung der Aufsichtsbehörden auch andere Wirtschaftszweige zu übernehmen; die Freisetzung von Enteignungs- und Entschädigungsbedingungen, die den Gemeinden die Übernahme erleichtern; die Anerkennung der eigenen Verantwortung der Stadtverwaltungen für ihre Maßnahmen und die Befreiung unzulässiger Aufsichtsbefugnisse; der Ausschluß nebenberufender Übernahme- und Einflußrechte und der Bundesstaaten, welche geeignet sind, die gemeindlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der Gemeinwirtschaft zu durchkreuzen.“

Es ist bezeichnend, daß die preussische Republik vollständig untätig bleibt; sie rührt sich nicht vom Fleck.

Dringendes Zeugengesuch.

Der Chauffeur aus der Müllerstraße, der am 11. Januar d. J. nach der Übergabe des W. L. W., dessen damaligen Kommandanten Hans Wenders in seine Wohnung, Subener Str. 30, gefahren, wird ersucht, seine Adresse umgehend bei der Redaktion oder beim Verteidiger Wenders, Dr. J. Dersfeld, Gildenerstr. 10, abzugeben.

Achtung! Arbeitslosenräte Groß-Berlins und der Vororte!

Am Freitag nachmittag 2 Uhr findet im Dreßdener Garten, Dreßdener Straße 43, eine Vollversammlung der Arbeitslosenräte der Arbeitslosen Groß-Berlins und der Vororte statt, zu der ein jeder Arbeitsloser unbedingt erscheinen muß.

Der Arbeiterrat der Arbeitslosen Berlins.

Die Besteuerung der Spiellubs. Die Räte der verschiedenen Vorortgemeinden Charlottenburg, Wilmersdorf und Schöneberg haben in einer Konferenz die von den Stadtverordneten angelegte Besteuerung der Spiellubs besprochen. Es wurde beschlossen, die Steuer in den drei Gemeinden einheitlich einzuführen. Sobald der Entwurf der Stadt Charlottenburg fertiggestellt ist, soll er den städtischen Verwaltungen in Schöneberg und Wilmersdorf übermittelt werden, die diesen Entwurf als Unterlage für ihre Steuerordnung benutzen wollen. Die Steuer, die sehr hoch sein soll, wird insbesondere die Einnahmen der Clubs erfassen. Diese Absicht zur Durchsührung zu bringen, dürfte nicht so einfach sein, zumal es eine Reihe Spiellubs geben wird, die den städtischen Finanzministern nicht bekannt werden.

Bei der Waldemonstrationsversammlung im Treptower Park wurde ein Paar Potentillkissen gefunden, die bei Emil Rade, Baumjuleweg, Baumjulestr. 74, in Empfang genommen werden können.

Tempelhof. Bei der heutigen Märsch sind zwei Hundstöße gefunden worden; dieselben sind beim Genossen Reichowitz, Kaiser-Wilhelm-Straße 21, 2. Eingang parterre, abzugeben.

Lebensmittelkatalog.

Berlin. Auf die nicht eingelieferten Fleischmarken der vergangenen Woche — vom 29. April bis 4. Mai — können jetzt auf jeden Fleischhändler (Fleischmarke) 25 Gramm Hülfsfleisch und 25 Gramm Oriz bezogen werden. Der Bezug muß bis Sonnabend erfolgen und zwar in den Geschäften, in denen die Marken 18-20 der allgemeinen Lebensmittelkarte angemeldet worden sind. Wer diese Marken nicht angemeldet hat oder in den zukünftigen Geschäften die Ware nicht erhält, kann sie in besonderen aus der Lebensmittelkarte der Reichsliste ersichtlichen Geschäften beziehen. — Auf den unter dem 29. April ausgerufenen Abschnitt 20 der allgemeinen Lebensmittelkarte der Stadt Berlin werden nicht 200 Gramm Oriz sondern 200 Gramm Teigwaren ausgegeben. — Bis Freitag in dem Bezirk der 20. Stadtkommission und bis Montag in den Bezirken der 121., 124., 125., 126., 127., 128., 129., 130., 131., 132., 133., 134., 135., 136., 137., 138., 139., 140., 141., 142., 143., 144., 145., 146., 147., 148., 149., 150., 151., 152., 153., 154., 155., 156., 157., 158., 159., 160., 161., 162., 163., 164., 165., 166., 167., 168., 169., 170., 171., 172., 173., 174., 175., 176., 177., 178., 179., 180., 181., 182., 183., 184., 185., 186., 187., 188., 189., 190., 191., 192., 193., 194., 195., 196., 197., 198., 199., 200. Stadtkommission pro Kopf 125 Gramm Röhle.

Hankow. Auf den Stammschnitt der Vollmilch für Monat April 1919 wurden 200 Gramm Röhle und 200 Gramm Vollmilch ausgegeben, die mit dem Zuschuß A versehen sind, circa 200 Gramm Vollmilch in zwei Tüten, auf alle übrigen Stammschnitte gleiche 200 Gramm Röhle (in zwei Tüten).

Aus den Organisationen.

Niederbarnim. Am Sonnabend, den 10. Mai, abends 8 Uhr, findet im Café Bellevue, Lichtenberg, Hauptstr. 2 (Bahnhof Stralau-Kummelsdorf), eine Kreisversammlung statt. Zutritt haben Bezirksleiter und Mitglieder. Der Kreisvorstand.

Niederbarnim. Rabener-Unterrichtsausschuss, Karlshorst, Treckow-Allee. Der heutige Unterricht findet nicht statt. Nächster Abend Sonnabend, den 10. Mai, abends 7 1/2 Uhr, in dem bekannten Lokal.

Tollm-Berschom. Sonnabend, abends 6 Uhr, Kreisversammlung im Bureau Reuhöll, Redstr. 1. — Sonntag vormittag 10 Uhr, im Gemerkhofshaus, Berlin, Engelstr. 20a. Konferenz des Kreisvorstandes mit den Ortsvorstehenden und Ortskassieren in ihres Kreises. Jeder Ort muß vertreten sein. Tagesordnung: 1. Schaffung eines Kreisbureaus. 2. Stellungnahme zum künftigen Kreisregulativ und Beschlüsse dazu.

Neukölln. Sonnabend, abends 6 Uhr, im Bureau, Vorstandsversammlung. Die große Funktionärsversammlung findet nicht am Montag, sondern erst am Dienstag statt. Lokal wird noch bekanntgegeben.

Wilmersdorf. Donnerstag abends 6 Uhr im Parteilbureau, Gieselerstraße 23, Konferenz der Bezirksleiter und Abrechnung der Kreisleiter. Freitag abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung in der Aula der Bismarck-Luisen-Schule, Gieseler Straße, Ecke Wilmersdorfer Platz. Tagesordnung: 1. Kreisregulativ und Resolution. Referent: Genosse Pfeiffer-Stralau. 2. Neuwahl des Kreisvorstandes.

Weißensee. Donnerstag, abends 8 Uhr, im Lokal von Moske, Berliner Allee 201, Frauenleseabend. Vortrag der Genossin.

Spiel und Sport.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“ (Ortsgruppe Reuhöll). Der Richtertag am 8. Mai in der Aula der Bismarck-Luisen-Schule findet nicht statt. Sonntag Gesellschaftsfahrt: Strausberg, Gosenitz, Tietzen. Abfahrt: 2 Uhr. Treffpunkt: Bahnhof Reuhöll 6.30. Schließender Bahnhof (Wriezener Bahnhof) 7.30. Galle willkommen.

Preussische Landesversammlung.

19. Sitzung, Mittwoch, den 7. Mai 1919.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst einige kleine Anfragen.

Abg. Paul Hoffmann (U. Soz.):

Der Staatsregierung bekannt, daß der Eisenbahnmittler... die Eisenbahndirektionen angewiesen hat, den Eisenbahnarbeiterräten zur Leitung der Reichsbahndirektion...

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.): In der Staatsregierung bekannt, daß der zweite Rätekongreß beschlossen hat, daß die Mitglieder des Kongresses im Innern...

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.): In der Staatsregierung bekannt, daß der zweite Rätekongreß beschlossen hat, daß die Mitglieder des Kongresses im Innern...

Abg. Frau Arendsee (U. Soz.): Bezieht sich auf das Verbot der Zeitungen „Rote Fahne“ und „Republik“...

Abg. Frau Arendsee (U. Soz.): Bezieht sich auf das Verbot der Zeitungen „Rote Fahne“ und „Republik“...

Abg. Frau Arendsee (U. Soz.): Bezieht sich auf das Verbot der Zeitungen „Rote Fahne“ und „Republik“...

Abg. Frau Arendsee (U. Soz.): Bezieht sich auf das Verbot der Zeitungen „Rote Fahne“ und „Republik“...

Abg. Frau Arendsee (U. Soz.): Bezieht sich auf das Verbot der Zeitungen „Rote Fahne“ und „Republik“...

Abg. Frau Arendsee (U. Soz.): Bezieht sich auf das Verbot der Zeitungen „Rote Fahne“ und „Republik“...

Abg. Frau Arendsee (U. Soz.): Bezieht sich auf das Verbot der Zeitungen „Rote Fahne“ und „Republik“...

Abg. Frau Arendsee (U. Soz.): Bezieht sich auf das Verbot der Zeitungen „Rote Fahne“ und „Republik“...

Abg. Frau Arendsee (U. Soz.): Bezieht sich auf das Verbot der Zeitungen „Rote Fahne“ und „Republik“...

Abg. Frau Arendsee (U. Soz.): Bezieht sich auf das Verbot der Zeitungen „Rote Fahne“ und „Republik“...

Abg. Frau Arendsee (U. Soz.): Bezieht sich auf das Verbot der Zeitungen „Rote Fahne“ und „Republik“...

Abg. Frau Arendsee (U. Soz.): Bezieht sich auf das Verbot der Zeitungen „Rote Fahne“ und „Republik“...

Abg. Frau Arendsee (U. Soz.): Bezieht sich auf das Verbot der Zeitungen „Rote Fahne“ und „Republik“...

Landwirtschaftsminister Traub weist den Vorwurf des Abg. von der Linken als unbegründet zurück, daß im Falle einer Tomäne im Kreise Sozialist die Reichsbahndirektion nicht innegehalten worden sei.

Ein Verfassungsantrag wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und der Sozialdemokraten abgelehnt.

Abg. Rosenfeld (U. Soz.):

Der Etat läßt erkennen, daß die Finanzen des Staates vor dem Zusammenbruch stehen. Fast drei Milliarden Defizit: wie sollen wir aus diesem Zustand herauskommen? Es ist nicht möglich, ohne Sozialisierung in weiten Umfang, (Waldster und Wollschur Zwangsente) Das Volk verlangt die Sozialisierung. Den Gemeinden müßte das Recht verlichen werden, zu kommunizieren, (Gemeinde Unterbrechungen). Der Medner der Reichstag allein, Schubert, hat zwar darüber in Beratungen sehr radikale Reden gehalten, hat der Regierung Vorschläge gemacht, heute aber brachte er auch nicht ein Wort der Kritik gegen die Regierung aus.

Interessant sind die Worte des ehemaligen Finanzministers Dergat, der im vorigen Jahre noch von der glänzenden militärischen Lage sprach. (Zuruf: Damals war es so!) Nein, es war hohler Schein. Unter jeder verstorbenen Genosse Reichstag hat die Lage viel klarer erkannt, wie Sie in dem heutigen Reichstag nachsehen können. Wie viel besser wäre das deutsche Volk aus der Affäre gekommen, wenn es den Worten Wehrings Beachtung geschenkt hätte. Er hat die Revolution vorbereitet. Sie ist gekommen. Allerdings das, was wir erhofft, hat sie nicht gebracht. Nicht einmal die politische Freiheit hat sie uns gebracht, leben wir doch heute noch

unter dem Belagerungszustand.

Auch dagegen hat der Reichstag nicht ein Stimmwort gesprochen.

Das Volk leidet unendlich unter der Belagerung. (Waldster rechts.) War mit Gewalt kann die Regierung noch regieren. Und wie übergehend haben dieselben Männer früher dargelegt, daß eine gewisse Bewegung nicht mit Gewaltmitteln betreiben werden kann, so keine noch im Jahre 1916 im Reichstag. (Zuruf: Unschönheit.) Ruhe und Ordnung werden viel besser ohne Belagerungszustand, ohne militärische Besetzung gemacht. Und dazu muß mit der Schughalt gewirtschaftet, wie es zuvor. Ein Zustand der Gesetzlosigkeit ist eingerissen, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann. (Große Unruhe.) Auf diesem Boden blüht die Mordlust. Viele Unschöne fallen ihr zum Opfer. (Zuruf: Unschönheit!) Jenseit, dafür ein Beispiel. In Friedrichshagen haben Männer durch ihr bejammertes Eingreifen nicht anders getan, als Blutvergießen zu vermeiden. Davor hat man ein Verbrechen gefunden und hat sie zu vier, zwei, anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt. Das ist ein ungeheuerliches Urteil. Und die es getroffen hat sind Unschöne. Das ist eine Schande. (Zuruf: Unschönheit.)

Auf Grund des Belagerungszustandes hat Staatsminister Dergat durch Verbotung des Arbeitszuges eingeführt und durch Verhandlungen mit Geiseln bis zu einem Jahre bedroht. (Große Unruhe.) Und das ist ein Verbrechen. Dieser kleine Rest von Ehrlichkeit hat damit eine eigenartige Rechtslage geschaffen. (Zuruf: Unschönheit.) Die Belagerungszustand muß schleunigst aufgehoben werden, wenn nicht das größte Unglück angerufen werden soll. Sie sind natürlich zufrieden mit dem Zustand, denn er kommt dem Kapitalismus zugute. (Zuruf: Unschönheit.) Ich gebe Sie mit den Schwindelnachrichten des Herrn Dechmann, daß ich Willkommen geriet hätte.

Wir werden in unserem Kampfe gegen den Belagerungszustand und gegen die Regierung nicht nachlassen. Ich weise Ihnen die

Zustände in den Gefängnissen

hin, wie sie sich bilden. Es ist wiederum bezeichnend, daß die Reichstagsopposition auch nicht ein Wort über die belagerten Epier, bei denen man noch vier Wochen nach die Spuren von Verhandlungen feststellen konnte, gefunden haben. (Große Unruhe.) Ich sage bei der Regierung an, inwiefern die von Schöpplin hergestellten grausamen Zustände beschleunigt sind. Es versteht, der Justizminister habe verfügt, daß Gefangenen von Verwandten keine Lebensmittel gebracht werden dürfen. Ich kann das kaum glauben, sollte es zutreffen, dann fordere ich schleunigste Aufhebung dieser Anordnung.

Im engsten Zusammenhange mit dem Belagerungszustand stehen die

Verbote der „Roten Fahne“ und der „Republik“.

Wir haben heute von der Regierung gehört, daß sie die Verbote für gerechtfertigt halte. Dann hat sie aber auch kein Recht, sich über die Schmalerei der Pressefreiheit von anderer Seite zu erheben. Wir verlangen sofortige Aufhebung der Verbote, zumal sie selbst vom bürgerlichen Standpunkt aus in keiner Weise begründet sind. Gerade der Verstoß der „Republik“ hat sich als ein eifriger und deshalb während des Krieges unerschütterlicher Belpflichter der verhängnisvollen Kriegspolitik bewährt. Bedenken Sie den Grund, den die Verbote noch auszu hervorgerufen. Man wird uns nicht glauben, daß die Revolution auf andere Verhältnisse geschaffen hat.

Die Regierungstruppen sind bei uns heute allmächtig. Sie können sich um Recht und Gesetz nicht, sie sind eine ausgeprägte Schuttruppe des Kapitals. Gernals hat man dem großen Soldatenkampfe Zwangsquantität Markt verübelt. Heute bringt man Millionen für die Freiwilligenkorps auf. Die Grenzschutzgruppen in Coesfelden verfügen über zahlreiche vom Kapitalismus gespeiste Panzerverbände. (Unruhe.) Man weiß offen Programmische. In einem Flugblatt an die Freiwilligen heißt es, der Kommunismus wolle die Frauen um Gemeingut heben machen. (Waldster.) Das ist Ihre Art Volksherrschaft. (Waldster.) Wo haben Sie jemals Protest dagegen erhoben? Regierungstruppen sollen Bürgerwehren angegliedert werden, die von Regierungseide bewaffnet werden. Und in den Regimenten heißt es, der soldatische Geist sollte wieder wachgerufen werden. Die Revolutionen kommen aus dem Ministerium des Innern. Regierungstruppen und Bürgerwehren sind heute schon ein Ort der Revolution. Die Arbeiter aber entmannt man. Und so wie im Krieg, heißt es jetzt in den Anweisungen an die Regierungstruppen für den Kampf: Ich schäufte die Mittel, desto härter der Krieg. Die Bestimmungen über Gefangenendebandlung sind ganz ungeheuerlich. Die regierungstreuen Führer sollen demnach ungeschont gemacht werden und wo der Belagerungszustand nicht besteht, soll er zu diesem Zwecke verhängt werden. Das war selbst während des Krieges unter dem alten Regime unmöglich. Aber wie dieses System zusammengebrochen ist, wird auch das jetzt, unter dem solche Dinge möglich sind, eines Tages hinweggefegt werden. Die Immunität der Abgeordneten wird in keiner Weise restlos. Ich erinnere an das Beispiel der Reichstagsvermittlung, Eichhorn. Er ist zweifelslos immunität. Auf dem Standpunkt steht auch die Reichsverwaltung. Als er jedoch auf dem Wege nach Berlin war, um sich vor dem Untersuchungsamt zu verantworten, wurde er verhaftet, und sollte auf Anweisung des Polizeipräsidenten Groß und des Ministers Dergat inhaftiert werden. Beide Zustände sind einisch unerbittlich und müssen abgeändert werden. Solange der Belagerungszustand besteht, können wir es für unsere Pflicht, dagegen Schritte zu tun.

Bei der Prüfung des Etats des Ministeriums des Innern

habe ich noch den alten Posten gefunden, den Hänsch noch 1918 belampt hat, nämlich den

politischen Geheimfonds von 300 000 Mark.

Ich bin begierig, was der Minister Hänsch heute zur Rechtfertigung dieses Fonds vorbringen wird. Nachdem ich mich die politische Folgen erhalten bleiben. Das Reichsgericht Urteilen läßt genau wie früher. Auf der anderen Seite ist Polizeipräsident Groß mit seinen eigenen Beamten in Konflikt gera. an, weil ihnen Dohle aufgezogen werden soll und sie kassiert werden sollen. Welche Welt im Polizeipräsidentum herrscht, beweist der Fall einer Strohputzlerin. Am 8. November wurde sie aus gemietet. Sie glaubte, sich nach dem 9. November nicht weiter um die politische Willkürmaßnahmen kümmern zu brauchen. Am 31. Januar erhielt sie jedoch wegen Nichtbeachtung jenes Nachweissungsbefehls eine Strafe von 100 Mark Geldstrafe.

Die Rechtspflege ist ebenförmig vom neuem Geist verläßt worden. Das bekannnen jetzt die politisch Verfolgten mit alku deutlich zu hören. In Dietrichberg a. Schlesien hat der Gerichtspräsident Dr. Carlsen an die Gerichtsbeamten ein Rundschreiben gerichtet, worin sie aufgefordert werden, ihren Namen zu unterschreiben, wenn sie, wie er, am 1. Mai arbeiten wollen wie gewöhnlich. Das ist der Geist, der da herrscht.

Ungeheuer viel ist auf dem Gebiete der inneren Verwaltungsreform zu tun und nur alku langsam geht die Regierung vor. Das trifft auch in bezug auf die Schaffung eines Groß-Berlins zu. Wenn endlich lassen wir aus dem Wirtschaftskommissionen? In der Volksfrage sind die schlimmsten Fehler begangen worden. Wir werden unter der empfindlichsten Parteilichkeit. Sie hätten mir längst haben können, wenn wir verhandelt hätten mit den Polen ein Einvernehmen zu erzielen. Das Nationalministerium, auch im Nordwesten vor dem Zentrum, läßt alle Energie auf dem Gebiete der Schulreform vermissen. Und der Wissenschaftler Deter vertritt seinen Ardeken und Beamten gegenüber noch ganz den altjunkerlichen Standpunkt. Das geht aus der Antwort auf die heutige kleine Anfrage hervor. Was aus den neuesten Forderungen der Wissenschaftler geworden ist, möchten wir heute noch, da der Termin, der 7. Mai, abgelaufen ist, hören. (Zuruf.) Ich konstatiere, daß ein Anzeiger einer Eisenbahnorganisation es begrüßt, daß die Forderungen abgelehnt sind.

So das Räteystem

angefaschten worden ist und die Frage eine ungeheure Bedeutung hat, will ich heute mit Genauigkeit feststellen, daß viele Kreise der Reichstagsopposition sich mehr und mehr unserem Standpunkt genähert haben. Gerade die Regierung hat sich bequemer machen, ihre schroff ablehnende Haltung aufzugeben. Der zweite Rätekongreß war ein geschickter Fortschritt in dieser Hinsicht. Sie werden sich auf den Parteitag in Weimar noch zu weiteren Angelegenheiten entschließen müssen, haben jetzt doch sogar die Geschlossenheit dem Rätegedanken entgegenkommen müssen. Wie sind überzeugt, das Räteystem wird kommen, trotz aller Widerstände.

Das deutsche Volk steht vor einem historisch wichtigen Augenblick. Sollen wir den Friedensvertrag unterzeichnen oder nicht, das ist die Schlüsselfrage. Sie (nach rechts) rufen: unter keinen Umständen unterzeichnen. Wollen Sie dann den Krieg? Was glauben Sie, was daraus folgen? Nach wenig Wochen würden wir doch so weit sein, anzuhören zu müssen, aber zu noch weit härteren Bedingungen. Sie führen die deutsche Ehre ins Feld. Wo waren Sie mit ihrem Götze, als unzufriedige Franzosen und Kinder durch il-Beute und Leben kamen, wo bei dem Gewaltfrieden von Versailles? Damals, als die Ehre Deutschlands gefährdet wurde, jubelten Sie sogar. (Große Unruhe.) Auch die Reichstagsopposition haben die Politik unterstellt. Widerspruch bei den Reichstags. Es sollte mich freuen, wenn Sie sich von ihrem Standpunkt bekehren. Minister Dergat ist noch weit über die Abhaltung hinausgegangen und hat gesagt: „Wir werden nicht eher ruhen, bis wir fast genug sind, das und Gewandig widerzulegen.“ Das ist ein Spiel mit dem Revolutionsgedanken, der sehr verhängnisvolle Wirkung in Frankreich getan hat. Wir lehnen jeden Gedanken an Revanche ganz entschieden ab. Wir bauen auf das Protektorat der Völkerwehren. Nach dem die dort der Kapitalismus. Aber wir sehen die Weltgeschichte. Früher oder später kommt die soziale Weltrevolution auch über Frankreich, England usw. Wir verlangen Verhinderung unter allen Umständen. Am 1. Mai haben wir für Völkerfrieden und Völkerfreiheit demonstriert. Sie (nach rechts) mögen tun was Sie wollen, wir lassen uns auf unserem Wege nicht beirren und werden im Kampf nicht nachlassen, bis wir erreicht haben:

Völkerfriede, Völkerfreiheit, Völkergleichheit.

(Starker Beifall links.)

Abg. von Tannenberg (Wolke) führt Feldverwehre über wo beiten am Mittelkanal, wodurch die Landesversammlung vor eine bedeutende Aufgabe gestellt werden sollte.

Annehrte wird die Weiterberatung auf Donnerstag 19 Uhr vertagt.

Schluss 6 1/2 Uhr.

Sitzung des Volksrates.

Der Ausschluß Nichters. — Die Ausschaltung der Arbeiterräte.

Der Volksrat hielt am 7. Mai eine Sitzung ab, in der er Antwort auf die in der Sitzung vom 5. Mai abgegebene Erklärung der Mitglieder der U. S. V. D. von der Fraktion der S. V. D. im Auftrage der S. V. D. und D. V. folgendermaßen erwidert wurde:

1. Es mag sein, daß die gegenwärtige Zusammenfassung der kommunalen Arbeiterräte unhaltbar ist. Aber die Behauptung, daß diese Zusammenfassung den Grundstößen des Räteystems widerstehe, ist nicht richtig, da es

1. allgemein anerkannte Grundsätze über das Räteystem überhaupt noch nicht gibt, 2. selbst in den Reihen der U. S. V. D. die grundstößlichen Auffassungen hierüber bekanntlich auseinandergehen, 3. neben den auseinandergehenden Grundsätzen der U. S. V. D. die D. V. A. P. und S. V. D. wiederum verschiedene Grundsätze über das Räteystem vertreten, 4. die Behauptung, daß die Polizeiverwaltung ein Teil der Stadtverwaltung sei, ist soweit Charakteristik in Frage kommt, unrichtig. Nicht in Stadtbeamten, nicht in städtischen Beamten. Damit entfallen auch die Forderungen, die von der U. S. V. D. aus dieser angeblichen Tatsache gezogen werden; somit besteht das Mandat des Polizeipräsidenten Richter zu Recht.

3. Betreffs des Beschlusses der S. V. D. und D. V. wegen Anhebung des Beschlusses der letzten Volksversammlung haben wir zu erklären, daß unsere Parteigenossen nicht eher an Volksversammlungen teilnehmen werden, bevor nicht die Mitglieder der U. S. V. D. und S. V. D. in ihren Fraktionsversammlungen beschlossen haben, in der nächsten Volksversammlung ihren Beisitz, den Genossen Richter auszuüben, rüchgängig zu machen.

An dem Hinweis auf die angeblich irrige Auffassung des Reiches erheben wir vor einem Verstand, die eigene Schuld auf den Vorläufern der S. V. D. abzuwälzen. Der Volksrat beklagt die ungenutzte Kraft der Arbeiter bei der Ausarbeitung des Verfassungsentwurfes, der für die Arbeiter, durch den Verfassungsentwurf, insbesondere sozialpolitische der S. V. D. wieder dem Nationalrat nach dem Verfassungsentwurf gegeben werden, bei dem Grundsatze des Volkstums die Verfassung mitzugewinnen. Der Volk-

gegenüber dem, den Zentralrat anzukurbeln, den in Frage kommenden Reichstag einwirken, daß die Vertreter der Arbeiterorganisation zu der Ausarbeitung von Gesetzen, die die Rechte betreffen, sowie solcher sozialpolitischer Art unter allen Umständen zugezogen werden müssen.

VI. Verbands'ag des Zentralverbandes der Zivilmusiker Deutschlands.

In der gestrigen Vormittags-Sitzung wurde die Diskussion über die Verschmelzungsfrage fortgesetzt. Die Beschlüsse des „Allgemeinen Deutschen Musikerverbandes“ hielt er für notwendig, das Sanktionsrecht der Musiker mehr zu betonen. Er hat den Zentralverband, seiner Kommission weitgehendste Vollmacht zu erteilen, daß alles getan wird, auch die Lebensverhältnisse der Musiker der Organisation zuzuführen.

In der weiteren Debatte polemisierten Richter-Hamburg, Engelbrecht-Brandenburg und Wilhelm-Frankfurt gegen das besondere Betonen der Berufseinheit und die Beschränkung von Sonderinteressen durch den A. D. M. V., an diesen Fragen dürfe die Verschmelzung nicht scheitern. Viel wichtiger sei die Erziehung aller Musiker, auch der Nebenberuflichen, im freigeberuflichen Sinne. Auch Sabath als Vertreter der Generalkommission forderte die Schaffung einer Einheitsorganisation auf rein gewerkschaftlicher Grundlage, die das gesamte Musikerproletariat umfassen muß. — Man einigte sich auf folgende Entschlüsse:

Der 6. Verbandstag erwidert in der Einheitsorganisation die einzige Möglichkeit, den Interessen der Musiker wirksam Nachdruck zu geben und sie zur Geltung zu bringen. Er befragt deshalb die Tatsache, daß auch die Delegierten-Versammlung des A. D. M. V. einen dahingehenden Beschluß gefaßt hat.

Der Verbandstag würde es schmerzlich bedauern, wenn die Einheitsorganisation an den von der Delegiertenversammlung des A. D. M. V. aufgestellten Richtlinien scheitert, sieht sich aber gleichwohl genötigt, aus gewerkschaftlichen Gründen daran festzuhalten, daß alle im Musikfach beruflich tätigen Personen zugelassen werden und daß jede Sonderbehandlung außer- und innerhalb der Einheitsorganisation ausgeschlossen sein muß. Soweit eine spezielle Vertretung der besonders belagerten Interessen der in den unterschiedlichen Berufsbereichen tätigen Kollegenkreise erforderlich ist, kann diese durch im Verbands-zusammenhang, den Gesamt-Organisationsstellungen unterstehende Sektionen am wirksamsten gewahrt werden.

Überzeugt, daß auf dieser Basis die Verschmelzung beider bestehenden Musikerverbände möglich und erreichbar ist, schließt der Verbandstag sich der Anregung auf Einsetzung einer Schlichtungskommission, die mit allen erforderlichen Vollmachten zu versehen ist, an und wählt seinerseits 9 Mitglieder in derselbe.

In die Kommission, die die Verschmelzung herbeiführen soll, wurden Schwegel und Wessing-Berlin, Hannover, Braun-Schweig, Schumann-Dresden, Schmidt-Erla, Behold-Dresden und Richter-Hamburg gewählt, zwei Mitglieder bestimmt der neu zu wählende Hauptvorstand.

Nach der Mittagspause wurde zunächst der Hauptvorstand einstimmig Entlassung erteilt. Die zum Rechenschaftsbericht gestellten Anträge wurden der Schlichtungskommission überwiesen. Der Verbandstag trat dann in die Beratung der Frage ein, welche Forderungen an die Musiker-Schaft an Gesetzgebung und Verwaltung zu stellen? In Bezug auf die allgemeine A. M. S. -Lage stellte Faust fest, daß für die Musiker auch heute so wie vor dem Kriege die Arbeitsbedingungen keine Besseren seien. In den Fragen: Was ist ein Orchester und wer ist der Arbeitgeber der Musiker? ist die Rechtsprechung noch zu keiner Klärung gekommen. Das Verbot der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung ist auch noch nicht restlos durchgeführt.

Zum Tagesordnungspunkt der Verstaatlichung oder Verstaatlichung von Theatern und Konzerten unternehmungen begründete Wessing-Berlin zwei Anträge, die von der Regierung schnellste Sozialisierung des Kinogewerbes, des Theaters- und Konzertwesens sowie des Nebelberufes der in Orchestern und im Ensemble tätigen Musiker bei Einstellung und Entlassung fordern. Auch auf diesem Gebiet habe die sozialistische Regierung vollkommen versagt. Der Vorherrscher Faust erhob schärfsten Protest gegen eine auf sozialistischen Gewerkschaften bestehende Regierung, die aus gewerkschaftlichen Grundätzen verleiende, indem sie zu den, den jetzt im Reichswirtschaftsrat schwebenden Verhandlungen über die Sozialisierung der Theater einseitig Unternehmernorganisationen, wie den Bühnenverein, nicht aber die Musiker hinzuziehe, die gerade an der technischen Ausgestaltung des Theaters das größte Interesse haben. Sollte die Musiker-Schaft bei der Sozialisierung der Theater, Kinos und Konzerten-Unternehmungen weiter übergegangen werden, dann werden sich die Musiker gezwungen sehen, die Betriebe still zu legen!

Die Ausführungen an der Frage des Vorkriegs- bzw. Nachkriegs-Verhältnisses waren ein trauriges Bild von der Stellung der Musiker im Reich. Kamentlich in den „Stadtpfeiferen“ machte sich nach der Demobilisierung eine verdrückte Stellung aus. Die Lage, wie sie vor dem Kriege unter der alten Regierung nicht schlimmer sein konnte. Die tristenen Ausstellungen zeigt jedoch die Konservatoriumsausbildung. 30 bis 40 junge Leute zugleich werden hier in einer Stunde von elend besagten Lehrstühlen „ausgebildet“. Die Musiker fordern vor der Regierung Eröffnung von Fachschulen für den Nachwuchs der Musiker und von Orchestern, in denen die praktische Ausbildung vervollständigt werden kann. Die Erlaubnis zur Ausbildung darf nur an solche Musiker erteilt werden, die allen musikalischen und pädagogischen Anforderungen entsprechen. Die Beratung und Beschließung über diesen Gegenstand wurde zum Donnerstag vertagt.

Verbands'ag der Bauarbeiter in Weimar.

Dritter Tag. Weimar, 6. Mai.

Die Verhandlungen verliefen heute ruhig. Die Opposition beschränkte sich auf kurze sachliche, d. h. nur gewerkschaftliche Erklärungen. Um so mehr wurde der Tiefstand der Mehrheit zum Schluß groß beachtet. Die linksstehenden Delegierten brachten eine Resolution ein, die die Aushebung des Belagerungs- und Sanktionsrechts und die Herstellung der vollen Beruf-, Vereins- und Versammlungsfreiheit fordert. Die kurze von Gollmid-Ver. in gegebene Begründung hob das Fehlen aller Rechtsgarantien hervor, geistliche die Willkür, die heute herrscht, und verlangte Gleichmäßigkeit. Die Regierung habe genügende gesetzliche Mittel, und deren Inkaufnahme sei ihre höchste sittliche Pflicht. — Obwohl in der Resolution nur das Verlangen der Delegierten zum Ausdruck kam — aus den bekannten Gründen —, nahm der Vorsitzende Vaeplow das Wort und sagte: Solange Vandalen auf Raub, Plünder und Plünderung ausgehen, braucht die Regierung den Belagerungsstand, und empfahl die Ablehnung der Resolution. Jacob-Weimar wies aber wirkungsvoll sofort nach, daß in Leipzig, Plauen, Chemnitz weder Raub, noch Plünderung bestünde oder bestände habe, trotzdem herrsche dort der Belagerungsstand. Gewaltmittel werden immer das Gegenstück und seien einer sozialistisch sein wollenden Regierung unwürdig. Nur gegen Arbeiter richtete sich diese Willkür. Verhandlung, nicht Gewalt, müssen wir verlangen. Ruth-Köln beantragt Schluß der Diskussion und Uebergang zur Tagesordnung. Mit Temperament und guten Gründen wandte sich Hedert dagegen, doch mit Dreifünftelmehrheit lehnte dieses „Arbeiter-Parlament“ die Resolution ab. Hedert und „Jhr seid die Heiler der Organisation!“ rief ihnen die Opposition zu. Diese „Arbeiter“ sangen dann: „Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet, zu unserer Fahne steht zu Lauf...“ Damit war die Sitzung zu Ende.

Nachgetragen sei noch, daß 199 870 = 61 Prozent der Mitglieder zum Kriegsdienst einberufen waren; 19 798 sind gefallen. — Ein Antrag, der Vorstand und Bezirksleitung beauftragt, die Zusammenlegung von im selben Lohngebiet liegenden Zweigvereinen vorzunehmen, wird angenommen.

Nach Vor- und Wider wurden nun die Angehörigen der gewerkschaftlichen wie folgt geregelt: Der 1. Vorsitzende erhält 700 Mark; die übrigen Vorstandmitglieder 625 Mark, Bezirksleiter 600 Mark pro Monat, die übrigen Lokalbeamten mit dem Zuschlag im Höchstfalle 600 Mark monatlich. Diese Gehälter gelten vom 1. April d. J. ab. Hierbei und zugleich mit einem dahingehenden Antrag wurde die Frage der Rückwirkung auch bei der jetzt ganz unzulänglichen Streikunterstützung angesprochen und beschlossen, die jetzt um die Hälfte erhöhte Streikunterstützung für alle seit der Revolution geführten Lohnkämpfe nachzuschließen. (Hierunter fällt auch Berlin; der weitergehende Antrag Berlin, 90 Mark Zuschlag pro Woche zu gewähren, war abgelehnt worden.) Außerdem wurde allen Angehörigen eine einmalige Feuerzulage von 500 Mark bewilligt. Alle zu den Gehältern vorliegenden Anträge wurden abgelehnt, die Vorlage des Vorstandes angenommen.

Da wegen Papiermangels der zweite Redakteur Otto am „Grundstein“ keine Beschäftigung hat, wird er beim Hauptvorstand beschäftigt. Eine Ergänzungswahl für den ausgeschiedenen Reichs-Kommissar Winnig fand nicht statt. Für den ausgeschiedenen alten verordneten Ausschuhvorsprechenden Dachsne wird Hanke-Berlin gewählt. — Unter den weiter gewählten ca. 25 Delegierten zum Gewerkschaftskongress, der im Juni in Nürnberg stattfindet, werden auch Lehmann und Falkenberg-Berlin sowie Hedert, Chemnitz gewählt.

Der Kongress soll sich mit der Sozialisierungsfrage befassen, die auch einen besonderen Punkt des Verbandstages bildete. Den Bericht bringen wir noch.

Gewerkschaftliches.

Tarifbewegung im Baugewerbe.

Der Verband der Baugeschäfte hat den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses angenommen. Die Generalversammlung des Verbandes der Baugeschäfte hat ferner beschlossen, die den baugewerblichen Arbeitern durch Schiedsspruch zugewilligte Lohn-erhöhung von 25 Big. für die Arbeitsstunden sofort in Kraft treten zu lassen. Die Lohnzulage wird vom 1. April d. J. nachgezahlt und zwar auch denjenigen Arbeitnehmern, die inzwischen entlassen wurden, sofern sie sich bis zum 8. Mai bei dem früheren Arbeitgeber melden.

Streik der Berliner Schildermaler.

Die Schildermaler Groß-Berlins streiken seit dem 5. Mai in einer Lohnbewegung. Sie haben den Unternehmern am 30. April nachstehende Forderungen gestellt: Stundenlohn ab 1. Mai 3 M., tägliche Arbeitszeit 8 Stunden, Sonnabends 8 Stunden. Ueberstunden sind unbedingt zu vermeiden. In dringenden Fällen: erste Ueberstunde 25 Prozent, zweite Ueberstunde 50 Prozent, außerordentliche (Nachtarbeiten) 100 Prozent Zuschlag. Außerhalbörtlicher Tätigkeit Urlaub von vier, nach einjähriger Tätigkeit Urlaub von acht Arbeitstagen unter Vorauszahlung des Lohnes. Die Vertrauensleute haben bei Einstellungen und Entlassungen das Mitbestimmungsrecht. Unbedingte Anerkennung des Arbeitsnachweises der Schildermaler.

In einer Vertrauensmännerversammlung der Schildermaler am 2. Mai wurde beschlossen, am Montag, den 5. Mai, die Arbeit bei Nichtbeurteilung der Forderungen einzustellen. Bei der ersten Streikversammlung am Montag fanden sich über 130 Kollegen ein, die die Arbeit niedergelegt hatten.

Die Schilderfabrikanten, die bisher sehr schwach organisiert waren, haben sich nach Eintreffen der Forderungen infolge eines Zirkulars von Seiten des Unternehmerverbandes organisiert. Die Arbeiterorganisation beschloß man aber auszuführen. In der Streikversammlung erschien ein Kollege, der behauptete, von den streikenden des Vereins Berliner Schilderfabrikanten, Herrn Vordorff, gefandt zu sein mit der Aufforderung, aus der Streikversammlung fünf Mann zu wählen, mit denen die Unternehmer verhandeln würden. Die Versammlung erklärte sich als nicht kompetent, einem beratigen Vorschlag zuzustimmen und war der Meinung, daß, wenn Verhandlungen gewünscht würden, den Unternehmern die Adresse des Verbandes bekannt sei.

Die am Dienstag stattgefundene Versammlung der Berliner Schildermaler, in der auch ein von den Unternehmern inzwischend ausgesandter Agent zur Sprache gebracht wurde, zeigte, daß die Kollegen sehr entschlossen sind, an ihren Forderungen unbedingt festzuhalten, da dieselben das Mindestmaß dessen darstellen, was unter den obwaltenden Verhältnissen zum Leben unbedingt nötig ist.

Der Stand des Streiks ist ein guter; die Zahl der Streikenden ist bis heute ständig geblieben. Bis Mittwoch früh waren 21 Bewilligungen erfolgt. Vermittlungen von Kollegen an die willige Firmen erfolgen ständig.

Der Streik in der Kartonbranche beendet.

Nach vierwöchentlichem Ausbleiben beschloß eine Versammlung aller Streikenden, die in den „Arminhallen“ am 3. Mai stattfand, am Montag, den 5. Mai, die Arbeit wieder aufzunehmen. Wenn es auch trotz dreieinhalbwöchiger Verhandlungen nicht gelungen ist, alle Forderungen so durchzusetzen wie es die Arbeiter-Schaft dieser Branche wünschte, so wurden doch recht wesentliche Verbesserungen erzielt. Der Mindestlohn für auskömmliche Aufseher, Peter, Weber, Kassierer, beträgt 96 M. pro Woche. Auskömmliche Bezugsarbeiterinnen, Kleinarbeiterinnen und Arbeiterinnen der Kartonbranche erhalten 62 M. Mindestlohn. Gehälter von 175 Proq. Zuschlag auf den Friedenslohn. Beistandnehmer einen solchen von 150 Proq., Bezugsarbeiterinnen in Akkod erhalten 150 Proq. Zuschlag auf den Friedenslohn. Die Grundlöhne für neue Arten von Karton, die während des Krieges eingeführt sind, dürfen nicht zurückgeschraubt werden. Gleiche Preise für Bezugsarbeit sollen den bestbezahlten angeglichen werden, mindestens um 25 Proq. Auch die Löhne für die sonstigen wurden wesentlich verbessert. Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. An Ferien werden gewährt: im 1. Jahre des Krieges, im zweiten Jahre 4 Tage, im 3. Jahre fünf Tage, im 4. Jahre und darüber jedes Tage. Bei Bedarf an Arbeitskräften ist der paritätische Arbeitsnachweis zu benutzen. Bei jeder Entlassung ist der Arbeiterausweis zu föhren.

Dies sind die wichtigsten Punkte des von dem Schlichtungsausschuß verhandelten und am 2. Mai unterzeichneten Vertrages, der bis 31. März 1920 läuft.

Die Arbeit in der Eisenbahnverwertung. Die Eisenbahnbetriebsleitung Berlin teilt unter Bezugnahme auf unsere Veröffentlichung „Gemeingefährliche Sparsamkeit“ vom 6. April mit, daß sie gemeinsam mit der Arbeiter-Schaft die Angelegenheit unterhandelt habe. Es sei festgestellt worden, daß die bedauerlichen Rückschlüsse auf dem Anhalter Güterbahnhof nicht durch Arbeitermangel angereizt seien, sondern vornehmlich als Folge der im März eingetretenen Streiks, an denen sich auch die Arbeiter des Anhalter Güterbahnhofs beteiligt hätten. Infolge der Streiks hätten sich in Berlin selbst und in den Zulassungsbereichen größere Mengen an angelammelt. Die Zahl der auf dem Anhalter Güterbahnhof beschäftigten Arbeiter sei im März und in den ersten Tagen des April ganz erheblich vermehrt worden. Von der Dienststelle seien ohne Anregung der Arbeiter-Schaft im Monat März 37, im April vom 1. bis 5. April 41 Arbeiter eingestellt worden. Am 20. April seien von der Dienststelle nur 219 Umladearbeiter als Best gemeldet worden. Ein Verbot von Lebensmittel sei nicht gemeldet und auch nicht festgestellt.

Die Versammlung der Schmiede am Sonntag sagte, wie mit ergänzend nachtragen, noch folgende Beschlüsse: Das Schlichtungsabkommen zum Kollektivvertrag soll gelündigt werden (einstimmig angenommen). — Um die Arbeitslosigkeit zu dämmen, soll die Arbeitszeit auf 24 Stunden verkürzt werden, und zwar sollen Doppelschichten eingeführt werden (einstimmig angenommen). — Ebenfalls einstimmig gebilligt wurde der Ausschluß des streikenden Bediensteten der Eisenbahn aus dem Metallarbeiterverband.

Feuerwerkfabrikation Spandau. In folgenden Lokalen können täglich von 11—4 Uhr Informationen eingeholt werden: Moabit-Charlottenburg: 5. Vorz. Kaiserin-Augusta-Str. 90; Wedding-Gesundbrunnen: bei Zieh. Brunnenstr. 101; Ohlitz: b. Spitzer, Königsberger Str. 5/6; Neuloh: b. German, Weststr. 167; Spandau: b. Werner, Hohenlagner Str. 1. Die Berliner Vertrauensmänner treffen sich täglich um 10 1/2 Uhr in der Brunnenstraße 101 (Folaf Str.). Die Spandauer Vertrauensmänner um 10 1/2 Uhr Hohenlagner Str. 1 bei Werner.

Angestellte der Kriegsgesellschaften. Für die Mitglieder des Verbandes der Handlungsgehilfen Freitag abend 7 Uhr in den Sophienhöfen, Sophienstraße 17/18. Vortrag: „Die Angestellten und das Reichsheim.“ Referent: Ernst Dämmig.

Magistratsratsmitglieder usw. Donnerstag nachmittags 1/2 Uhr Versammlung in der Aula des Könlingschen Gymnasiums, Inselstraße, Ecke Wallstraße.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wiegand, Neubühl — Verlagsgesellschaft „Arbeit“, s. G. m. b. H. Berlin. — Druck der Verlagsdruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H. Schiffbauerdamm 13.

Kleine Anzeigen

Kupfer
Alufl. Metallabfälle, Quecksilber, Platin, Gold, Silber, Kupfer, Zahngehäuse, Kupfer, Metallschmelze, Cohn, Brunnenstr. 11 Hof und Waukoll, Kaff. -Vierd. -Str. 229 (nahe Hermannplatz).

Messing
Quecksilber, Zinn, Sinter, Metallabfälle, Platin, Gold, Silber, Zahngehäuse, Kupfer, Metallschmelze, Cohn, Brunnenstr. 11 Hof und Waukoll, Kaff. -Vierd. -Str. 229 (nahe Hermannplatz).

Platina
Zu den höchsten Tagespreisen, Zahngehäuse, Gold, Silber, Kupfer, Metallschmelze, Cohn, Brunnenstr. 11 Hof und Waukoll, Kaff. -Vierd. -Str. 229 (nahe Hermannplatz).

Klavier
oder Flügel, eventuell Harmonium, kauft Schnitzschneider, Bucherstr. 1411 Preisnachtrag erteilt.

Tafelklavier

oder kleines Piano, auch Flügel, acht Dreiecker, Neukölln, Dietrichstr. 86, III Preisnachtrag erteilt.

Kauf höchstzahlend Fahrrad, Motorräder, sowie Gummi, Kraus, Große Frankfurter Straße 52, Telefon Alexander 2312.

Metalle, Altes, Zeitungen, Luppen, Weißwachs, kauft zu höchsten Tagespreisen, Produktion-Großhandel, Neukölln, Richardstr. 9, Fernsprecher Neukölln 453.

Spiralbohrer, neu neu, Schmirgelleinen, jedes Post-kauft Henschel, Rostocker Straße 22, Moabit.

Elektrische Artikel, Kabel, Litzen, Leitungsdrähte, Motore, kauft Weisbach, Frankfurter Straße 71.

Elektrische Erlösabfälle, Eisen, Stahl, kauft perisort, A. Schumann Große Frankfurter Straße 31 II.

Wäsche, Weißwäsche, kauft perisort, A. Schumann Große Frankfurter Straße 31 II.

Spiralbohrer, Werkzeuge, Motoren, neu neu, kauft Richard Berlin, Lübecker Straße 16.

Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Kichen, einelne Möbel, Büfette, Bienenkorb, Schreibtische, Ledersessel, Teppiche, Klaviere, Geldschrank, Kasse, Kasten, kauft Walter Schneider, Woldenburger Straße 2, Alexander 1867.

Fahrrad Korbhänger, Koffein, Motor, Motor, kauft Alexander 5203.

Säcke, Pläne, Garn kauft Bredow, Choriner Straße 82.

Pianos kauft perisort, A. Schumann Große Frankfurter Straße 31 II.

Pianos kauft perisort, A. Schumann Große Frankfurter Straße 31 II.

Metallbotten, weiß, schwarz, braun, kauft perisort, A. Schumann Große Frankfurter Straße 31 II.

Umbausoln, Chaiselons, erdliche Bettstellen, Parkettarbeiten, Anlagearbeiten, kauft perisort, A. Schumann Große Frankfurter Straße 31 II.

Frucht-Tandem (Doppelbett), Gurnal, beifertig, Holz, kauft perisort, A. Schumann Große Frankfurter Straße 31 II.

Fahrrad, Korbhänger, Koffein, Motor, Motor, kauft Alexander 5203.

Kleider, Schilf, kauft perisort, A. Schumann Große Frankfurter Straße 31 II.

Nähmaschine, tadello, verkauft billig, Kleiner, Ermanstr. 1, Moabit.

Restaurant verkauft preiswert, Unter G. 83, Filisbergstr. 11, Moabit.

Bett, ohne Matratze, Tisch, Kinderbadewanne, verkauft billig, Wäcker, Gröner Str. 12, Siffl.

Kinderwagen, weiß, kauft perisort, A. Schumann Große Frankfurter Straße 31 II.

Herrnfahrräder, Damen, kauft perisort, A. Schumann Große Frankfurter Straße 31 II.

Verkauft gewasene und neue Möbel, verkauft billig, Seelig, Lotharstr. 21, Moabit.

Fahrrad, Korbhänger, Koffein, Motor, Motor, kauft Alexander 5203.

Küchen, moderne, mit elektr. Anrichte, kauft perisort, A. Schumann Große Frankfurter Straße 31 II.

Metall, kauft perisort, A. Schumann Große Frankfurter Straße 31 II.

Holz, kauft perisort, A. Schumann Große Frankfurter Straße 31 II.

Möbel, kauft perisort, A. Schumann Große Frankfurter Straße 31 II.

Wäsche, kauft perisort, A. Schumann Große Frankfurter Straße 31 II.

Küchen, kauft perisort, A. Schumann Große Frankfurter Straße 31 II.

Leistungsfähig, kauft perisort, A. Schumann Große Frankfurter Straße 31 II.

Kauf kauft perisort, A. Schumann Große Frankfurter Straße 31 II.

Für Bäcker auf dem Lande, kauft perisort, A. Schumann Große Frankfurter Straße 31 II.

Kartons, kauft perisort, A. Schumann Große Frankfurter Straße 31 II.

Kran, kauft perisort, A. Schumann Große Frankfurter Straße 31 II.

Rednerschule, kauft perisort, A. Schumann Große Frankfurter Straße 31 II.

Auf kauft perisort, A. Schumann Große Frankfurter Straße 31 II.